



Ausschuß für Kinder, Jugend und Familie

13. Sitzung (nicht öffentlicher Teil)^{*)}

24. Oktober 1996

Düsseldorf - Haus des Landtags

14.30 Uhr bis 17.25 Uhr

Vorsitzende: Annegret Krauskopf (SPD)

Stenograph: Uwe Scheidel

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 Ausbildungsplatzsituation und Jugendarbeitslosigkeit in NRW

1

Der Ausschuß nimmt Berichte des Landesarbeitsamtes und des Ministeriums für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr entgegen. Eine Aussprache schließt sich an.

^{*)} öffentlicher Teil siehe Apr 12/370

Seite

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1997 (Haushaltsgesetz 1997) 17

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 12/1200

Erläuterungsbände: Vorlagen 12/785 und 12/786

Einzelplan 07 - Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales
Kapitel 07 050 - Familienhilfe, Jugendhilfe und
Soziales Ausbildungswesen

Der Ausschuß berät die ihn tangierenden Teile des Haushaltsplanentwurfs. Von der abschließenden Beratung, die für den 7. November 1996 vorgesehen war, soll auf Wunsch von SPD und GRÜNEN wegen noch zu klärender Fragen innerhalb der Koalition abgesehen werden, sofern dies nach dem Beratungsfahrplan für den Haushalt auch unter Berücksichtigung der Termine des Haushalts- und Finanzausschusses möglich ist. Anvisiert wird als neuer Beratungstermin gegebenenfalls der 5. Dezember 1996.

Im übrigen sagt das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales zu, auf Fragen der Abgeordneten schriftlich einzugehen, soweit sich diese Notwendigkeit aus dem Diskussionsverlauf ergeben hat.

3 Verschiedenes

Siehe Seite 32 des Diskussionsteils

Hinweis: Im öffentlichen Teil seiner 13. Sitzung hat der Ausschuß für Kinder, Jugend und Familie bereits zu den CDU-Anträgen

- Vorfahrt für Familien in NRW

und

- Tagespflege für Kinder in NRW fördern

beraten. Siehe hierzu auch Ausschußprotokoll 12/370.

Sofern es gelinge, die genannten Berufe im öffentlichen Dienst in Zusammenarbeit mit der freien Wirtschaft inhaltlich so zu strukturieren, daß sie von der Wirtschaft anerkannt würden - Stichwort: Doppelqualifizierung; Prüfung in beiden Ausbildungsberufen -, könnte dies eine probate Lösung darstellen. Gespräche mit den Spitzenverbänden auf kommunaler Ebene liefen. In Anfängen existiere bereits ein Modell im ostwestfälischen Raum.

Vorsitzende Annegret Krauskopf gibt ihrer Hoffnung Ausdruck, daß gerade der Ausschuß für Kinder, Jugend und Familie auch in Zukunft der Begleitung durch die beiden Institutionen bedürfe und von Zeit zu Zeit Informationen abfrage.

(Allgemeiner Beifall)

Thomas Mahlberg (CDU) kommt auf seinen Vorschlag zurück, der Ausschuß solle im Sinne der Schaffung von Ausbildungsplätzen ein Zeichen setzen. In diese Richtung hätten sich auch sowohl der Abgeordnete Flessenkemper für die SPD wie der Abgeordnete Petring für die GRÜNEN geäußert. Der Ausschuß solle zum Ausdruck bringen, daß er den Ausbildungskonsens wolle. Darüber solle im Ausschuß Einvernehmen hergestellt werden.

Vorsitzende Annegret Krauskopf resümiert, der Abgeordnete Mahlberg wolle durch seinen Beitrag die gemeinsame Begleitung des Ausbildungskonsenses anmahnen. Es sei sicherlich zur Freude aller Ausschußmitglieder, wenn der Ausbildungskonsens greife. Man solle in Nordrhein-Westfalen in gemeinschaftlichem Handeln versuchen, in dieser Hinsicht einen guten Weg einzuschlagen und die Entwicklung positiv zu begleiten.

(Allgemeiner Beifall)

2 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1997 (Haushaltsgesetz 1997)**

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 12/1200

Erläuterungsbände: Vorlagen 12/785 und 12/786

Einzelplan 07 - Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales
Kapitel 07 050 - Familienhilfe, Jugendhilfe und Soziales (Ausbildungswesen)

Ausschußvorsitzende Annegret Krauskopf faßt das bisherige Beratungsverfahren zusammen: In der vorangegangenen Sitzung habe der Ausschuß den Einführungsbericht des Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales entgegengenommen. Nach der Terminplanung sei für die heutige Sitzung die Detailberatung über die den KJF-Ausschuß angehenden

Bereiche im Einzelplan 07 vorgesehen. - Fragen, die in der heutigen Sitzung nicht mündlich beantwortet werden könnten, sollten bis zur Sitzung am 7. November 1996 schriftlich beantwortet werden. - Sie bitte die Fraktionen ferner darum, dem Ausschußsekretariat Änderungsanträge rechtzeitig vor der Abschlusssitzung zuzuleiten, damit sie in einer geeigneten Vorlage aufbereitet werden könnten.

Der Ausschuß behandelt zunächst:

Kapitel 07 050 - **Familienhilfe, Jugendhilfe und Soziales Ausbildungswesen**

Titel 681 00 - **Unterhaltsleistungen nach dem Unterhaltsvorschußgesetz**

Antonius Rösenberg (CDU) fragt nach den Ergebnissen hinsichtlich der angekündigten Gespräche mit den Kommunen und kommunalen Spitzenverbänden. Der vorgelegte Bericht verweise auf die Diskussionen in einer Bund-Länder-Kommission. Gebe es bereits konkrete Resultate der Beratungen, die laut Bericht für Mitte 1996 angekündigt worden seien, vor? Wie gedenke die Landesregierung diese Thematik auf der Grundlage der Ergebnisse in Nordrhein-Westfalen weiter zu behandeln? Seien für 1997 bereits Prognosen auf die Haushaltssituation möglich?

Dr. Axel Horstmann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales antwortet, die Beratungen zwischen Bund und Land liefen noch und würden im November fortgesetzt. Dort werde ein umfangreiches Spektrum möglicher Maßnahmen in Erwägung gezogen und geprüft. Ergebnisse könne er insofern noch nicht mitteilen und auch Fragen nicht beantworten, wie die Landesregierung Nordrhein-Westfalen mit dem Thema umzugehen gedenke.

Gespräche mit den Kommunen in Nordrhein-Westfalen seien bisher noch nicht aufgenommen worden, weil die Landesregierung zunächst noch die empirische Entwicklung beobachten wolle. Eine leichte Steigung des Rückflußanteils sei zu verzeichnen. Außerdem gebe es Prüfungsvermerke des Landesrechnungshofes zu diesem Thema. Das MAGS werde sich erst nach Klärung der in diesen Prüfungsvermerken aufgeworfenen Fragen in weiterführende Gespräche begeben. Sobald die entsprechenden Ergebnisse vorlägen, werde dem Ausschuß unaufgefordert und unverzüglich berichtet.

Titel 684 10 - **Zuschüsse für die Aufgaben der überörtlichen Organisationen der Familienhilfe und Kinderhilfe (Landesorganisation und Fachverbände)**

Antonius Rösenberg (CDU) erinnert daran, seinerzeit seien die Landesmittel für die erzieherische Jugendhilfe komplett gestrichen worden. Welche Auswirkungen habe das gehabt? Gebe es Rückkopplungen gegenüber dem MAGS?

Ministerialdirigent Dr. Harms (MAGS), legt dar, im Zusammenhang mit den letztjährigen Haushaltsberatungen seien 330 000 DM gestrichen worden (Kleine Dotation). Das MAGS habe den betroffenen Verbänden angekündigt, daß es versuchen werde, den Betrag im Rahmen der großen Dotation zu kompensieren. Das sei im übrigen geschehen. 1997 werde es bei der dafür vorgesehenen Großen Dotation eine Steigerung in einer Größenordnung von etwa 1 Million DM geben. Insofern sei der in Rede stehende Betrag sogar mehr als nur kompensiert worden. Bei den Verbänden in der Großen Dotation sollte es zu einer internen Regelung kommen, so daß es praktisch keine nachteiligen Auswirkungen gebe, die mit dieser Streichung verbunden gewesen seien.

Titel 684 20 - Zuschüsse für die Fortbildung in der Sozialen Arbeit

Antonius Rüsenberg (CDU) legt dar, die Mittel seien 1996 um 530 000 DM reduziert worden. Bedeute das für die hauptamtlichen Kräfte ein Weniger an Fortbildung? Sei die Zahl der berücksichtigten Einzelpersonen zurückgefahren worden? Gebe es andere konkrete Auswirkungen?

Ministerialdirigent Dr. Harms (MAGS) bestätigt, daß es Kürzungen gegeben habe. Das gelte im übrigen auch für die Zuweisungen im Titelantrag 653 10, der auch die Landschaftsverbände betreffe. Das MAGS habe den Versuch zugesagt, die Kürzungen dadurch aufzufangen zu wollen, daß bei den Summen für die hauptamtlich tätigen Mitarbeitern in der sozialen Arbeit angesetzt werde. Das halte das MAGS für gerechtfertigt und habe sich seinerzeit auf den Standpunkt gestellt, daß Fortbildung ohnehin eine permanente Aufgabe sei und für die hauptamtlichen Mitarbeiter zum täglichen Brot gehöre. Es handele sich insofern um eine Aufgabe in der Verantwortung der jeweiligen Arbeitgeber, Organisationen, Landschaftsverbände und Kommunen, diese Fortbildung für ihre Mitarbeiter zu finanzieren.

Die Professionalisierung der nebenamtlich Tätigen habe dem MAGS am Herzen gelegen. Das sei mit den Summen, die in den Haushaltsplan eingestellt worden seien, abgesichert.

**Titelgruppe 60
Förderung der Familienhilfe und Kinderhilfe**

Unterteil 1 - Personalkostenzuschüsse an Erziehungs-, Ehe- und Lebensberatungsstellen, für die Fachberatung.

Jutta Appelt (CDU) macht auf einen Antrag der Beratungsstelle "Zartbitter" in Köln, deren Arbeit von überregionaler Bedeutung sei, aufmerksam. Sei diesem Antrag stattgegeben worden? Wie viele Anträge spezialisierter Beratungsstellen gegen sexuellen Mißbrauch von Kindern lägen dem MAGS vor?

Die Zahlen zur Situation von Einrichtungen wie beispielsweise "Zartbitter" lägen dem MAGS seit längerer Zeit vor, bestätigt MDgt Dr. Harms. Mit "Zartbitter" in Köln seien Gespräche geführt worden, die sich insbesondere auf die Konzeption dieser Einrichtung bezögen. Dem MAGS sei es darum gegangen, deren Vorstellungen in Übereinstimmung mit dem zu bringen, was an Institutionen in diesem Unterteil des Haushaltsplans bereits erfaßt sei. Dabei handele es sich - inklusive der Schuldnerberatung - um immerhin 330 Beratungsstellen. Ursprünglich habe die Absicht bestanden, dort einen Fördersatz von 50 % zu erreichen. Derzeit liege dieser Fördersatz bei 35 %. Das Beratungssystem sei zu einem Closed-Shop erklärt worden. Während der letzten Woche habe das MAGS mit "Zartbitter" in Köln die Vereinbarung getroffen, 70 000 DM zu reservieren.

Mit den spezialisierten Beratungsstellen würden ebenfalls Gespräche geführt, um die nur begrenzt zur Verfügung stehenden Mittel - seit Jahren seien dort keine Steigerungsraten mehr zu verzeichnen gewesen - so einzusetzen, daß das bestehende System gesichert werde und man gleichzeitig bei denjenigen, die sich in einer finanziell schwierigen Situation befänden, mittelfristig zu einer Lösung kommen könne. Die jeweiligen Gespräche seien noch nicht abgeschlossen. Das MAGS strebe Lösungen an, um mittelfristig für Sicherheit zu sorgen und nicht alle 12 Monate erneut über das Überleben bzw. den Untergang qualifizierter Einrichtungen Gespräche führen zu müssen.

Unterteil 2 - "Förderung der Träger von Beratungsstellen für Schwangerschaftsprobleme"

Jutta Appelt (CDU) fragt, wie viele neue Stellen in die Landesförderung kämen und unter welcher Trägerschaft sie stünden.

Dr. Axel Horstmann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales, antwortet, voraussichtlich würden Beratungsstellen verschiedener Träger neu in die Landesförderung aufgenommen. Darunter befänden sich auch Beratungsstellen in kirchlicher Trägerschaft. Mit den beiden Kirchen gebe es eine Verabredung betreffend den sukzessiven Ausbau der Zahl der geförderten Beratungsstellen. Angestrebt werden solle auch, daß andere Beratungsstellen in nichtkirchlicher Trägerschaft zusätzlich in die Förderung aufgenommen werden könnten. Die Landesregierung setze alles daran, eine Trägerpluralität zu erreichen. Dort, wo heutzutage keine Pluralität gegeben sei, würden fast ausschließlich kirchliche Beratungsstellen vorgehalten. An diesen Stellen sollten auch Einrichtungen in nichtkirchlicher Trägerschaft installiert werden, die in die Landesförderung kämen. Von den erhöhten Mitteln profitierten im Endergebnis Einrichtungen aller Trägerschaften.

Das könne bedeuten, schließt sich **Antonius Rüsenberg (CDU)** an, daß ein kirchlicher Träger, der seit Jahren erfolgreiche Arbeit leiste, aber bisher als einziger Träger in einem Gebiet tätig gewesen und noch nicht in die Landesförderung aufgenommen worden sei, weiter "draußen bleibe", wohingegen ein alternativer Träger in den Genuß einer Landesförderung komme.

Er gehe, antwortet **Minister Dr. Horstmann**, nicht davon aus, daß ein solcher Fall eintrete, sondern die Mittel vielmehr ausreichen, um beiden Zwecksetzungen entsprechen zu können.

Antonius Rüsenberg (CDU) bittet bei dieser Gelegenheit das Ministerium darum, zu dem, was es heute mündlich vorgetragen und nicht weiter habe präzisieren können - dies sei verständlicherweise aus dem Stand heraus nicht immer möglich - bis zur Sitzung am 7. November Informationen in schriftlich aufbereiteter Form vorzulegen.

Die Frage nach der Zahl der aufgenommenen Stellen lasse sich nicht völlig exakt beantworten, gibt **Dr. Axel Horstmann** zu bedenken. Es gehe um das Ziel, in bestimmten Regionen Beratungsstellen zu installieren. Ob das gelinge, hänge nicht allein vom MAGS ab, sondern müsse im Benehmen mit den jeweiligen Trägern besprochen werden. - Die Frage der **Jutta Appelt (CDU)**, ob auch die integrativen Beratungsstellen unter evangelischer Trägerschaft einbezogen würden, verneint **Minister Dr. Axel Horstmann**.

Unterteil 7 d)

Innovative Investition in der Familien- und Kinderhilfe

Antonius Rüsenberg (CDU) macht auf die Übersicht von Anfang 1996 aufmerksam, die über Projekte informiere, die gefördert würden. Er bitte um eine Ergänzung - soweit dies möglich sei - um die Projekte, die 1997 gegebenenfalls anstünden. - Das MAGS sagt dies für die Sitzung am 7. November zu.

Unterteil 8

Förderung der Herausgabe und der Verteilung der Schriftenreihe "Elternbriefe"

Zur Frage des **Antonius Rüsenberg (CDU)** nach dem Grad der Einbeziehung von Jugendämtern und die Rückkopplung mit dem MAGS führt **Ministerialdirigent Dr. Harms** aus, es beteiligten sich etwa 80 der 160 Jugendamtsbezirke. An dieser Situation an und für sich habe sich während der letzten Jahre nichts Wesentliches geändert.

Titelgruppe 61 Landesjugendplan

Willi Zylajew (CDU) kommt auf die Offenen Jugendeinrichtungen zu sprechen. Habe das Ministerium mittlerweile ein Verfahren entwickelt, das vor allen Dingen die Gleichbehandlung zwischen freien und kommunalen Trägern für den erneuten Fall einer Panne wie der diesjährigen Haushaltssperre sicherzustellen? - Bei der Haushaltssperre handele es sich nicht um eine "Panne", widerspricht **Minister Dr. Axel Horstmann**, sondern um ein "Instrument der Mittelbewirtschaftung unter entsprechenden finanzwirtschaftlichen Rahmenbedingungen". Der Abgeordnete könne davon ausgehen, daß das Land aufgrund der 1996 sehr frühzeitig erfolgten Haushaltssperre Rückschlüsse auf mögliche Maßnahmen, die zur Einhaltung wichtiger finanzpolitischer Zielrichtungen eingeleitet werden könnten, ziehen werde. Ob es realistisch sei, bereits jetzt für 1997 von einer Haushaltssperre auszugehen, entziehe sich keiner Kenntnis. Immerhin sei jedoch allen Beteiligten klar, daß zumindest die Möglichkeit bestehe.

Eine Gleichstellung der verschiedenen Träger sei nicht erreichbar, weil die rechtliche Qualität bei diesen Trägern unterschiedlich ausfalle. Sehr wohl könne man sich im Verwaltungsvollzug allerdings so verhalten, daß sich im Ergebnis die unterschiedliche Rechtsqualität kommunaler und freier Träger bei der Bewilligung nicht negativ auswirke. Darauf wirke die Landesregierung hin.

Willi Zylajew (CDU) stellt klar, daß er keine Gleichstellung zwischen freien und kommunalen Trägern erreichen wolle. Ihm gehe es um "Gleichbehandlung". Ausweislich der Darlegungen des MAGS habe das Ministerium die Problematik nun erörtert. Sofern die Bescheide entsprechend schnell herausgingen, dürfte selbst eine Haushaltssperre als "Instrument der Mittelbewirtschaftung unter entsprechenden finanzwirtschaftlichen Rahmenbedingungen" nicht zu einem Problem werden.

Jens Petring (GRÜNE) macht den Abgeordneten Willy Zylajew auf das vorläufige Ausschlußprotokoll über die Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 26.09.1996 aufmerksam. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN habe - nachzulesen sei das auf den Seiten 28 ff - insbesondere die §§ 10 a HG und 12 HG angesprochen. Das Finanzministerium teile mit, der geschilderte Fall werde, sofern es wieder eine Haushaltssperre geben sollte, in die Prüfung einbezogen. Es gebe zwar zwischen den beiden Häusern noch unterschiedliche Auffassungen bezüglich der Handhabung; allerdings lasse Ministerialdirigent Dr. Berg verlauten: "In Zukunft werde das jedenfalls nicht wieder passieren." - Das habe, so Petring, seine Fraktion sehr beruhigt.

Betreffend die Jugendbildungs- und Jugendtagesstätten (LJP V/1), Jugendwohnheime (LJP V/3), Jugendherbergen (LJP V/6) und Jugendferienheime (LJP V/7) sei seine Fraktion, so **Willy Zylajew (CDU)** zu einem möglichst frühen Zeitpunkt an einer Liste der bereits

vorliegenden Anträge interessiert. Das sei wichtig, um nachvollziehen zu können, wie der Antragbestand im Verhältnis zum Mittelbestand ausfalle.

Der angesprochene Investitionstitel, legt **MDgt Dr. Harms** dar, belaufe sich auf etwa 7,8 Millionen DM. Ein großer Teil sei gebunden, da es sich um Bauvorhaben handele, die über mehrere Jahre liefen. Nach wie vor stelle sich die Situation so dar, daß das Antragsvolumen wesentlich über den Haushaltsansätzen liege. Das **MAGS** versuche, über eine Prioritätenliste den Spielraum für neue Vorhaben in eine vernünftige mittelfristige Reihenfolge zu bringen. Das **MAGS** bemühe sich außerdem, die wichtigsten Dinge, soweit sie sich auf Ersatzinvestitionen bezögen, zu erledigen. Für neue Investitionen im Sinne neuer Bauvorhaben sei derzeit praktisch überhaupt kein Raum gegeben.

In früheren Jahren, so **Antonius Rösenberg (CDU)**, habe der Erläuterungsband den Bewilligungsrahmen und den Antragsstau sehr ausführlich beschrieben. Für die Maßnahmen der unter Titel 17 bis 20 wünsche er bis zum 7. November die Aufstellung, die sonst dem Erläuterungsband zu entnehmen gewesen sei. - Das **MAGS** sagt dies zu.

Unterteil 6

Betriebskostenzuschüsse an die Akademie für musische Bildung und Medienerziehung in Remscheid (LPJ I/9)

Antonius Rösenberg (CDU) fragt nach dem Grund für die Erhöhung um 114 000 DM. - **Ministerialdirigent Dr. Harms** erläutert, der Wirtschaftsplan für die Akademie in Remscheid werde von Bund und Land gemeinsam aufgestellt. Aufgrund der finanziellen Situation der letzten Jahre sei Nordrhein-Westfalen dazu gezwungen gewesen, sich abzukoppeln. Das sei im letzten Jahr in der Größenordnung von 114 000 DM geschehen, die den Unterschied zwischen dem Bundesanteil und dem Landesanteil ausmachten. Mit dem Entwurf 1997 solle die Lücke geschlossen werden. Erreicht werde dies durch Umschichtungen im Landesjugendplan. Damit sei der Gleichklang zwischen Bund und Land wiederhergestellt. Dahinter würden sich verbergen sei 1991 zurückgestellte Sachausgaben in der EDV-Ausstattung. Das, worauf die Akademie seit dieser Zeit verzichtet habe, solle nun bereinigt werden.

Unterteil 7

Förderung internationaler Jugendbegegnungen im Rahmen internationaler Jugendarbeit (LPJ I/10 a)

Antonius Rösenberg (CDU) berichtet, ihm sei der Fall einer Gruppe von Schülerinnen und Schülern einer kaufmännischen Berufsschule bekannt, die eine Austauschmaßnahme mit jungen Menschen in Bosnien praktiziere. Es gehe dabei um konkrete Hilfsprojekte. Der Austausch solle fortgesetzt werden. Es stelle sich nun die Frage, ob die Förderung über den

Landesjugendplan in Kombination mit dem Bundesjugendplan vollzogen werden könne. Die Antwort habe - weil es sich dabei um eine Maßnahme über den Kultusminister handle - nein gelautet. Könne ein solches sinnvolles Vorgehen in die diskutierte Titelgruppe integriert werden?

MDgt Dr. Harms antwortet, der geschilderte Einzelfall sei ihm nicht geläufig, weil die Bewilligung für einzelne Projekte über die Landschaftsverbände abgewickelt werde. Grundsätzlich gelte aber, daß Berufsschulen keine Anträge stellen könnten. Bezüglich einer Förderung durch den Bundesjugendplan könne er ohne konkrete Kenntnis des Sachzusammenhangs keine Aussage machen.

Unterteil 9

Förderung besonderer Maßnahmen auf dem Gebiet des Jugendwesens (LJP I/12 a und b)

In diesem Zusammenhang, stellt **Antonius Rösenberg (CDU)** fest, seien das Freiwillige soziale Jahr und das Modellprojekt "Jugend hilft Jugend" ausweislich einer Pressemitteilung des MAGS nur in Nordrhein-Westfalen aufgelegt worden. Vielmehr handle es sich dabei aber um ein Programm des Bundes *und* der Länder. Reichten die im Haushalt veranschlagten Mittel aus? Über welche Erfahrungswerte verfüge das MAGS aufgrund seiner Rückkopplung zum Modell "Jugend hilft Jugend"? Wie sehe die konkrete Konzeption für 1997 aus?

Das MAGS befinde sich derzeit noch in der Planungsphase, bemerkt **MDgt Dr. Harms**, und konzentriere sich dabei auf fünf Städte bzw. Kreise, um Erfahrungen zum Verhältnis zwischen Land und Stadt bzw. großstädtischem Ballungsraum und mittelstädtisch geprägtem Raum zu sammeln. Unter anderem handle es sich um die Städte Düsseldorf und Paderborn sowie den Kreis Düren. Zunächst werde mit 30 Teilnehmern begonnen. Außer Nordrhein-Westfalen seien drei weitere Bundesländer beteiligt. Aus den erwähnten Kommunen bzw. Kreisen seien fünf Teilnehmer ausgewählt worden. Anfang November werde im Rahmen einer gemeinsamen Besprechung überlegt, welches Bildungskonzept zugrunde gelegt werden solle, welche Einsatzstellen in Frage kämen. Gemeldet hätten sich mehr Stellen, als derzeit benötigt würden. Es gehe darum, wie die Koordination gestaltet werden solle.

Unterteil 10

Förderung der Zusammenarbeit von Jugendarbeit und Schule bei der Ganztagsbetreuung von Schülerinnen und Schülern (LJP I/12 c)

Antonius Rösenberg (CDU) interessiert, ob aufgrund der regen Nachfrage zu diesem Programm die zur Verfügung gestellten Mittel in Höhe von zusätzlich 1,5 Millionen DM

ausreichen. Er wolle vermeiden, daß nach dem Signal, das mit diesem Programm gesetzt worden sei, die Mittel nicht ausreichen und dies bereits jetzt absehbar sei. Das müsse deutlich angesprochen werden.

Bekanntlich, so **Minister Dr. Axel Horstmann**, stehe die Landesregierung in einem Prozeß, in dem Kooperationsmodelle zwischen Schule und Jugendhilfe aufgebaut würden. An welcher Meßlatte richte sich der Abgeordnete aus, wenn er von "ausreichend" spreche. Ob das Antragsvolumen jetzt schon höher sei als die konkret zur Verfügung gestellten Mittel, vermöge er, Horstmann, nicht zu sagen. Auf jeden Fall rechne das MAGS mit einem ganz erheblich steigenden Bedarf an Ganztagsbetreuungsangeboten. Dazu habe er vor dem Landtag erklärt, daß es neue Lösungen geben müsse, sofern dem wachsenden Bedarf auch nur annähernd nachgekommen werden solle. Dem dienten Modelle wie das in Rede stehende. Daraus wolle man im übrigen nochlernen.

Das MAGS gehe nicht davon aus, dem wachsenden Bedarf allein mit den zusätzlich zur Verfügung gestellten 1,5 Millionen DM gerecht werden zu können. Vielmehr stelle sich das Ministerium darauf ein, daß es einen nachhaltigen und kontinuierlichen Ausbau von Ganztagsbetreuungsmöglichkeiten geben werde. Dabei würden die kooperativen Maßnahmen eine wachsende Rolle spielen müssen.

Zur Antragslage führt **MDgt Dr. Harms** aus, das Projekt der Ganztagsangebote, das seit einigen Jahren von MSW und MAGS gemeinschaftlich durchgeführt werde, sei überprüft worden. Aufgrund der verlässlichen Halbtagschule seien einige Projekte aus der MAGS-Förderung herausgefallen. Durch die Neuaufnahme von Projekten sei aufgestockt worden. In der Förderung befänden sich derzeit 55 Projekte. Dabei handele es sich zu einem großen Teil auch um Anschlußprojekte, die an und für sich im Juli/August hätten auslaufen müssen. Weitere 30 Projekte befänden sich derzeit in der Prüfung. - **Jutta Appelt (CDU)** bittet um eine Liste der Projekte, die sich in der Förderung befinden. - Das MAGS sagt dies zu.

Unterteil 14 Personalkostenzuschüsse für pädagogische Kräfte in Jugendwohnheimen (LJP III/1)

Antonius Rüsenberg (CDU) macht darauf aufmerksam, der Ausgleich für die Akademie in Remscheid sei durch die Streichung von 114 000 DM an dieser Haushaltsstelle erreicht worden. Gebe es Signale, daß es gerade im Bereich dieser Maßnahme der Jugendsozialarbeit ein Vakuum gebe, das diesen Schritt rechtfertige? Seiner Einschätzung nach hätte eine Deckung eher durch eine Kürzung zum Beispiel bei den Mitteln für Sachverständige erreicht werden können.

MDgt Dr. Harms relativiert, ein Betrag von 114 000 DM bedeute im Verhältnis zum Gesamtansatz von 14,3 Millionen DM nicht, daß die anfallenden Aufgaben nicht mehr erfüllt werden könnten. Dabei greife das MAGS auf seine Erfahrungswerte aus vergangenen Haushaltsjahren zurück. Die Reserven seien mittlerweile sehr weit abgebaut worden, und zwar unter anderem dadurch, daß man versucht habe, auch in den Jugendwohnheimen über alternative Formen insbesondere im dezentralen Bereich verstärkt mit den involvierten Organisationen nachzudenken. Eine positive Entwicklung zeichne sich ab.

Unterteil 29

Förderung des Freiwilligen ökologischen Jahres (LJP VIII/1)

Antonius Rösenberg (CDU) bittet um einen Zwischenbericht, wie diese Maßnahme bisher angenommen worden sei. - **MDgt Dr. Harms** führt aus, die wichtigsten Daten seien den Abgeordneten bereits schriftlich zur Verfügung gestellt worden. Das MAGS werde das Projekt fortsetzen. Die Probleme, die sich aus den üblichen Anlaufschwierigkeiten während des ersten Jahres ergeben hätten, seien weitgehend ausgeräumt. Viele Träger, die wie das MAGS Neuland betreten hätten, hätten mittlerweile sehr stabile Strukturen entwickelt. Neue Erkenntnisse seien hinzugekommen.

Die eigentliche Zielgruppe, also insbesondere Hauptschüler und -schülerinnen ohne Schulabschluß, sollten in den Mittelpunkt gerückt werden. Anfänglich sei das mit Problemen verbunden gewesen, laufe aber mittlerweile sehr gut.

Nachgefragt werde vor allen Dingen von Mädchen. Nach wie vor sei der Bedarf und die Nachfrage aus dem Bereich der Abiturientinnen sehr, sehr hoch. Das MAGS werde den Ausbau im kommenden Jahr geringfügig erhöhen. Daß das anvisierte Ziel bisher nicht habe erreicht werden können, hänge mit der Haushaltssituation und der Finanzplanung zusammen.

Das Freiwillige Ökologische Jahr gehöre nunmehr in den Katalog der freiwilligen Dienste, die bis hin zur EU aufgebaut würden und dazu beitragen, daß Jugendlichen, die in besonderen Situationen lebten und für die Perspektiven entwickelt werden müßten, ein Angebot unterbreitet werden könne. Betonen wolle er, daß das Freiwillige Ökologische Jahr in ein Gesamtpaket von Aktionen hineingehöre und insofern nicht singulär betrachtet werden dürfe. Er denke beispielsweise auch an das Freiwillige Soziale Jahr sowie das "Europäische Freiwillige Jahr".

Der Ausschuß wendet sich sodann der Titelgruppe 62 zu:

- UT 2 - **Institutionelle Förderung der Arbeitsgemeinschaft Kinder und Jugendschutz (AJS) Landesstelle NRW E.V.**
- UT 3 - **Personalkostenförderung der konfessionellen Landesarbeitsstellen für Jugendschutz sowie Förderung einzelner Jugendschutzmaßnahmen einschließlich Fortbildungsmaßnahmen von landeszentral tätigen Trägern der freien Jugendhilfe**

Willi Zylajew (CDU) fragt, aus welchem Grund es zu der dortigen Mittelverschiebung in Höhe von 23 700 zugunsten des AJS gekommen sei. - Das MAGS wird diese Frage schriftlich beantworten.

Titelgruppe 63

- UT 1 - **Zuschüsse zu den Personal- und Sachausgaben der Beratungsstelle für Kinderhäuser**

Der Ansatz sei um 60 000 DM gekürzt worden, stellt **Thomas Mahlberg (CDU)** fest, welche fachlichen Hintergründe habe diese Kürzung? - Es handele sich dabei um den Ansatz für Kinderhausberatungsstelle Brühl, antwortet **MDgt Dr. Harms**. Dort habe es 1994 noch einen Ansatz in Höhe von 230 000 DM gegeben. Seit dem 1. Januar 1995 handele es sich um eine Maßnahme in ausschließlich kommunaler Zuständigkeit. Das ergebe sich unter anderem aus den einschlägigen gesetzlichen Vorschriften. Alle Beteiligten hätten davon Kenntnis gehabt. Das Ministerium habe der Kinderhausberatungsstelle Brühl ein mittelfristiges Programm angeboten, damit sie sich auf die veränderte Situation habe einstellen und die Finanzierung aus dem kommunalen Raum sicherstellen können. 1995/1996 sei erneut eine Sonderregelung gefunden worden. An und für sich wäre die Förderung in diesem Jahr zu Ende gewesen. Wegen der zahlreichen Probleme habe das MAGS entgegen der ursprünglichen mittelfristigen Übergangslösung erneut einen Betrag von 120 000 DM angeboten. Vereinbart worden sei, diesen Betrag 1997 auf 60 000 DM zu reduzieren. Mit dem Vorstand der Kinderhausberatungsstelle Brühl sei man übereingekommen, die Förderung aus Landesmitteln nun aber 1998 endgültig zu beenden.

Titelgruppe 66

Veranstaltungen, Untersuchungen und Informationsmaßnahmen auf den Gebieten der Jugend- und Familienhilfe sowie des sozialen Ausbildungswesens

Willi Zylajew (CDU) weist auf die erheblichen Verschiebungen in diesem Bereich der Mittelzuweisung hin. Beispielsweise werde ein Plus in Höhe von 320 000 DM für die Beratung durch wissenschaftliche Sachverständige und Honorarkräfte ausgewiesen. Außer-

dem gebe es einen weiteren Posten "Veröffentlichung und Drucklegung", der mit einem um 45 000 DM erhöhten Ansatz zu Buche schlage. Bei den Kosten für Sachverständige und Untersuchungsvorhaben gehe es um ein Mehr von 120 000 DM; für Veranstaltungen und Informationsmaßnahmen seien weitere 155 000 DM vorgesehen. Demgegenüber stehe eine Zuschußreduzierung bei den freien Träger.

MDgt Dr. Harms gibt zu bedenken, entscheidend für die Titelgruppe 66 sei, daß es sich um einen Bereich handele, in dem sämtliche dargestellten Positionen gegenseitig deckungsfähig seien. Die damit verbundenen großen Blöcke beträfen insbesondere den Kooperationsvertrag mit dem ISA. Die Summe sei über fast zehn Jahre hinweg unverändert geblieben (325 000 DM). Außerdem gehe es sehr häufig um Werkverträge für ganz bestimmte Expertisen, die sich aus Aufträgen ergäben, die mit den normalen personellen Ressourcen des Ministeriums nicht erfüllbar seien.

Zur Sorge um die Zuschüsse an die freien Träger merke er an, daß es sich zunächst nur um eine rechnerische Darstellung von Zahlen handele. Dahinter verberge sich nicht, daß irgendein freier Träger zwei oder noch mehr Arbeitskräfte entlassen müsse. Rechne man etwa 600 000 DM heraus, über die nicht mehr verfügt werden könne, verbleibe ein Restbetrag, der beispielsweise Studien zur Jugendsozialarbeit, zur Prävention und stadtteilbezogenen Jugendarbeit (in Zusammenarbeit mit der Stadt Düsseldorf beispielsweise) abdecke. Außerdem gehe es um eine neu erstellte Broschüre, Arbeitshilfen für Erzieherinnen in Kindergärten oder Informationsschriften für Eltern. In der angedeuteten Steigerung von 200 000 DM seien auch Ausgaben für eine Beteiligung des MAGS an der "top 97" und das Medienforum in Köln enthalten. - **Willi Zylajew (CDU)** geht angesichts der Darstellung durch das MAGS davon aus, daß sich das Land schwerpunktmäßig an zwei spektakulären Veranstaltungen beteilige, die konkret für die Erhöhung verantwortlich seien.

Titelgruppe 67

- Kostenerstattung nach dem Gesetz zur Hilfe für Frauen bei Schwangerschaftsabbrüchen in besonderen Fällen

Obwohl die Landesregierung von einem Rückgang bei der Zahl der Schwangerschaftsabbrüche berichtet habe, so **Thomas Mahlberg (CDU)**, sei unter dieser Titelgruppe eine Aufstockung zu verzeichnen.

Die Erhöhung bei der Erstattung von Verwaltungsaufwendungen an die gesetzlichen Krankenkassen in Höhe von 292 000 DM, legt **MDgt Dr. Harms** dar, beziehe sich auf die Verwaltungskostenpauschale. Dort werde gegenüber den gesetzlichen Krankenkassen von der halbjährlichen auf eine Quartalerstattung umgestellt. - Das Plus von 1,8 Millionen DM für die Erstattung der den gesetzlichen Krankenkassen durch Leistungsgewährungen nach

§ 2 des Gesetzes zur Hilfe für Frauen bei Schwangerschaftsabbrüchen in besonderen Fällen entstandenen Kosten erkläre sich in erster Linie aus einer Steigerung der prognostizierten Zahlen von bisher 517 000 Schwangerschaftsabbrüchen.

Titelgruppe 80

Förderung der Betriebs- und Investitionskosten nach dem Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder - GTK

Willi Zylajew (CDU) erinnert daran, im Zusammenhang mit den Investitionskosten habe der Landtag bisher immer Verpflichtungsermächtigungen bedient. Daß im aktuellen Haushaltsansatz keine Verpflichtungsermächtigungen vorgesehen seien, bereite der CDU-Fraktion Sorgen. Sofern nämlich nur in Haushaltsjahren gefahren werde, könnte es zu einem zeitlichen Verzug bei der Realisierung von Projekten kommen. - Gehe das Ministerium davon aus, daß die zur Verfügung gestellten Mittel ausreichen, um den noch vorhandenen Bedarf in den Jahren 1997/98 zu befriedigen?

Ministerialrat Breucksch, Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales, versichert, die ausgewiesenen Mittel reichten aus, um das zu finanzieren, was die Bewilligungsbehörden bewilligt hätten. Daß Mittel auch für das Folgejahr aufgezeigt würden, sei notwendig, weil diese nachdem, was bisher zu bewilligen gewesen sei, auch hätten eingesetzt werden müssen. Noch nicht ausgewiesen worden seien Verpflichtungsermächtigungen für neue Plätze.

Wenn keine Verpflichtungsermächtigungen eingetragen würden, relativiert **Willi Zylajew (CDU)**, könnten auch keine Bescheide erlassen und nicht mit dem Bau begonnen werden. Das sei bedeutsam, weil vor diesem Hintergrund im Lande möglicherweise gezögert werde, ob wirklich noch mehr Plätze benötigt würden. Sofern Bedarf festgestellt werde, müsse die Kommune sehr schnell reagieren können. Dabei nicht mehr mit dem Mittel der Verpflichtungsermächtigung zu arbeiten, wäre seiner Einschätzung nach fahrlässig.

Ministerialrat Breucksch, MAGS, antwortet, die Förderung weiterer Kindergartenplätze - das gelte auch für die anderen Tageseinrichtungsarten - setze eine entsprechende Ermächtigung im Haushalt voraus. Der Entwurf sehe diese Ermächtigung allerdings noch nicht vor. Vorgesehen sei, im Rahmen der neuen Barmittel in Höhe von 30 Millionen DM Bewilligungen auszusprechen. - Damit sei aus Sicht seiner Fraktion, erwidert **Willi Zylajew (CDU)**, ein Risiko verbunden. Gehe das Ministerium davon aus, daß diese Gefahr nicht bestehe?

Ministerialrat Breucksch, MAGS, erläutert, der noch konkret abzudeckende Bedarf ab 1997 werde zur Zeit noch geprüft. Die Frage, ob eine Gefahr gesehen werde, könne im Augenblick deshalb nicht beantwortet werden, weil das, was an Anträgen aktuell vorliege, das abdecke, was im Haushalt 1996 veranschlagt sei. Das Potential sei im übrigen noch nicht ausgeschöpft. Anträge für das folgende Jahr seien den Bewilligungsbehörden in der konkreten Form noch nicht vorgelegt worden.

Bernd Flessenkemper (SPD) resümiert, all das, was bisher in Form von Anträgen eingereicht worden sei, werde durch das Finanzvolumen abgedeckt. Aufgrund des Rechtsanspruchs werde auf jeden Fall noch zusätzlich gebaut werden müssen.

(Willy Zylajew [CDU]: Richtig!)

Zusätzliche Mittel für diese Plätze müßten entweder über Verpflichtungsermächtigungen oder Barmittel eingebracht werden.

MDgt Dr. Harms, MAGS, bestätigt, diese Zusammenfassung sei korrekt. Angaben aufgrund von Abfrageaktionen bei den Landesjugendämtern würden derzeit geprüft. Ergebnisse lägen Mitte November vor. Die entsprechenden Konsequenzen würden dann gezogen.

Titelgruppe 86 **Familienbezogene Selbsthilfe**

Antonius Rösenberg (CDU) kommt auf die Zuschußerhöhung für die freien Träger (plus 150 000 DM) zu sprechen. Nach den Erläuterungen des Haushaltsplans (siehe Seite 211 des Erläuterungsbandes) seien diese zur Förderung des Zuschusses der Mütterzentren und des Verbandes binationaler Partnerschaften vorgesehen. Wer profitiere konkret von der Erhöhung? - **MDgt Dr. Harms** antwortet, beide Organisationen sowie weitere dritte Organisationen aus diesem Bereich würden von diesen Mitteln profitieren.

Titelgruppe 87 **Gleichgeschlechtliche Lebensformen**

Wie viele Personen, fragt **Antonius Rösenberg (CDU)**, seien in dem unter dieser Titelgruppe neu eingerichteten Referat bereits tätig? Könne das Ministerium konkret darstellen, welche politischen Maßnahmen initiiert würden?

MDgt Dr. Harms erläutert, die vom Abgeordneten Rösenberg angesprochene Organisationseinheit befinde sich seit Frühjahr dieses Jahres im Aufbau und werde direkt dem Abteilungsleiter unterstellt und damit nicht in der Hierarchie angesiedelt sein. Tätig sei in

diesem Referat neu eine Sachbearbeiterin. Für die übrigen ausgewiesenen Positionen liefen derzeit noch Bewerbungsgespräche. Er rechne damit, daß zu Beginn des Jahres 1997 die vorgesehene Personalstärke erreicht werde.

Bisher habe er versucht, über Einzelprojektförderung für Organisationen im Schwulen- und Lesbenbereich die Arbeit und Organisationsstrukturen zu unterstützen und zu stabilisieren. Das Ausgabevolumen belaufe sich derzeit auf einen Betrag zwischen 600 000 und 700 000 DM. Eingeschlossen sei darin der Ansatz für Projekte antischwuler Gewalt. Dort versuche das MAGS, mit Organisationen, die sich in besonderer Weise ausgewiesen hätten, und dem Landeskriminalamt, Projekte zu installieren. Beispielsweise solle in Dortmund über ein Notruftelefon Hilfestellung gegen antischwule Gewalt angeboten werden.

Vor Abschluß des Tagesordnungspunktes thematisiert **Bernd Flessenkemper (SPD)** die Frage des weiteren Beratungsverfahrens. Die Koalition habe Schwierigkeiten, schon im November abschließend zu beraten. Deshalb werde ein separater Termin benötigt, es sei denn, die abschließende Beratung werde am 5. Dezember durchgeführt. Dem stünden keine geschäftsordnungsmäßigen Regelungen entgegen.

Antonius Rüsenberg (CDU) erinnert an die bisherige Verabredung, dem Ausschußsekretariat Änderungsanträge bis zum 5. November zuzuleiten, da die abschließende Beratung für den 7. November vorgesehen gewesen sei. Gebe es Überlegungen, daß bezüglich des Haushalts 1997 völlig neue Zahlen auf den Tisch kämen?

Bernd Flessenkemper (SPD) stellt klar, es handele sich lediglich um eine politische Bitte der Koalition. Neue Überlegungen gebe es nicht.

Vorsitzende Annegret Krauskopf sagt zu, die Frage zu klären, ob die Terminverschiebung unter Berücksichtigung der Vorgaben der Geschäftsordnung für die Beratung des Haushalts in den Ausschüssen - insbesondere des Haushalts- und Finanzausschusses - möglich sei.